

Rainer Hering

Sozialdemokratie und Kirchen in Deutschland – ein historischer Rückblick

Das Verhältnis von Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung zu den christlichen Kirchen war lange Zeit sehr angespannt. Dies wirkte sich bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts aus. Erst nach der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959, in dem explizit der öffentlich-rechtliche Schutz für Religionsgemeinschaften sowie die erklärte Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kirchen „im Sinne einer freien Partnerschaft“ formuliert worden war, erfolgte eine Annäherung. Einzelne Sozialdemokraten, wie Herbert Wehner (1906–1990), Hans-Jochen Vogel (Jahrgang 1926), Hermann Schmitt-Vockenhausen (1923-1979), Heinz Rapp (1924-2007), Helmut Schmidt (Jahrgang 1918) und Georg Leber (Jahrgang 1920), erkannten hier ein Versäumnis und engagierten sich aus persönlicher Überzeugung nachdrücklich und letztlich erfolgreich in diesem Prozess. Dadurch wurden die Vorbehalte und Angriffe von kirchlicher Seite gegen die SPD, gerade im Katholizismus, abgeschwächt, und es gelang der Partei, vor allem im katholischen Milieu deutlich an Stimmen zu gewinnen und letztlich auf Bundesebene mehrheitsfähig zu werden.

Diese langwierige Entwicklung wird im Folgenden dargestellt, wobei der Schwerpunkt auf der wichtigeren zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts liegt. Als entscheidende Zäsur wird das Godesberger Programm von 1959 verstanden.

I. Anhaltende Spannungen: Das Verhältnis von Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung zu den Kirchen bis 1959

Während die mit dem Begriff Frühsozialismus charakterisierten Lehren und bis ca. 1848 die sich insbesondere in Handwerkerbünden organisierte Arbeiterbewegung einen Unterscheid zwischen der Lehre Christi und den Großkirchen sahen und grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber Religiösem waren, wurde in der Folge der Revolution von 1848/49 die Distanzierung größer. In Anlehnung an die Religionskritik Ludwig Feuerbachs (1804-1872) hatte der von ihr nachhaltig beeinflusste Karl Marx (1818-1883) Religion als Überbauphänomen bezeichnet und abgelehnt – der jenseitige Gott lenke die Menschen von ihren diesseitigen Aufgaben ab. Religion galt ihm als Ausdruck des Unglücks der Menschen und als ein eingebildetes Glück, das über das Unglück auf Erden hinwegtäuschen soll. Gegensätze theoretischer, gesell-

schaftspolitischer und sozialer Art zu den Kirchen, die vielfach zur Stabilisierung der ungerechten Klassenstruktur beitrugen, verstärkten die wechselseitige Entfremdung zwischen beiden Seiten. August Bebel (1840-1913) sah 1874 Christentum und Sozialismus als sich ausschließende Gegensätze wie Feuer und Wasser. Für ihn waren alle Religionen „Menschenwerk“, vor allem die christliche sei freiheits- und kulturfeindlich und verhindere gesellschaftlichen Fortschritt; sie diene in erster Linie der Ausbeutung des Volkes. Moral gebe es auch unabhängig vom Christentum, dessen Lehren und Dogmen sich gegen die Menschen richten würden. Wie Marx war auch Bebel der Meinung, dass die fortschreitende Gesellschaftsentwicklung Religion überflüssig machen werde, weil auch für die damals nur religiös zu beantwortenden Fragen rationale Erklärungen gefunden würden. Dennoch hatte Bebel in seiner Kölner Rede von 1876 gefordert, dass allen Staatsbürgern die Ausübung der religiösen Überzeugung im vollsten Maße gestattet sein solle. Religion galt innerhalb der Sozialdemokratie als Privatsache, und die auch von vielen Liberalen geforderte Trennung von Kirche und Staat, insbesondere im Bereich des Bildungswesens, wurde zu einem ihrer Programmpunkte.

Im Gothaer Programm von 1875 und erneut im Erfurter Programm von 1891 erklärte die SPD Religion zum Bestandteil privater Lebensgestaltung. Wörtlich hieß es im Erfurter Programm: „Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.“ Im Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1869 war unter Punkt III, 5 gefordert worden: „Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche“.

Doch es gab innerhalb der Sozialdemokratie auch andere Positionen. Eduard Bernstein (1850-1932), theoretischer Begründer der revisionistischen Richtung, betonte 1904 auf dem Bremer Parteitag, dass Religion als Kulturaufgabe „keine Privatsache, sondern eine öffentliche Angelegenheit von großer Bedeutung“ sei; Bernstein erkannte ihren Stellenwert im öffentlichen Leben an und forderte: „Gleiches Recht für die Anhänger aller religiösen und philosophischen Bekenntnisse, Freiheit der Religionsausübung“. Von den Kirchen insgesamt wurden diese Ansätze einer Differenzierung allerdings kaum zur Kenntnis genommen.

Die evangelischen Landeskirchen waren sehr eng mit dem Staat verbunden und unterstützten die insbesondere während der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes erfolgte Verfolgung der Sozialdemokraten weitgehend mit. Sie wurden daher von der SPD und der Arbeiterbewegung auch in ihrem sozialen Wirken als Teil des obrigkeitstaatlichen Repressionsapparates wahrgenommen.

In der Katholischen Kirche gab es zwar neben der kirchlichen karitativen Arbeit Ansätze, die soziale Frage zu betonen, u. a. bei Bischof Wilhelm Emanuel Freiherr von Ketteler (1811-1877), doch blieb die Kirche insgesamt gesellschafts- und obrigkeitkonform und übte kaum Kritik an sozialer Ungerechtigkeit. Päpstliche Enzykliken verdammt den Sozialismus, so z.B. im „Syllabus errorum“ (1864) oder in „Quod Apostolici muneris“ (1878) und „Humanum genus“ (1884). Papst Leo XIII. (1810-1903) verurteilte in seiner Sozialenzyklika „Rerum novarum“ von 1891 zwar den Sozialismus, betonte aber das soziale Engagement als eine Aufgabe der ganzen Kirche. Für das gesamte 20. Jahrhundert wurde sie wirkungsmächtig und prägte das Verhältnis des Katholizismus zur sozialen Frage.

Die Jahre zwischen 1890 und dem Beginn des Ersten Weltkrieges waren von wachsenden Spannungen zwischen den Kirchen, die sich am (ideologischen) Kampf gegen die Sozialdemokratie beteiligten, und der SPD gekennzeichnet, die als Konsequenz daraus die Kirchengaustrittsbewegung unterstützte. Zwischen 1918 und 1932 traten jährlich durchschnittlich mehr als 180.000 Personen aus den Kirchen aus. Einen Tiefpunkt erreichte das Verhältnis der Kirchen zur Sozialdemokratie 1918/19 mit dem Ende der Verbindung von Thron und Altar. In weiten Teilen des Deutschen Reiches wurde der Religionsunterricht für einige Zeit abgeschafft, und der Fortbestand der Theologischen Fakultäten an staatlichen Universitäten war zeitweilig gefährdet.

Die Katholische Kirche blieb auch in der Weimarer Republik auf klarer Distanz zur SPD und zur Arbeiterbewegung. Papst Pius XI. (1857-1939) betonte in seiner Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ 1931: „Religiöser Sozialismus, christlicher Sozialismus sind Widersprüche in sich; es ist unmöglich, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist zu sein.“ Das sozialistische und das katholische Sozialmilieu waren nicht nur im 19. Jahrhundert, sondern auch noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts klar voneinander getrennt. Beide bildeten eigene Lebenswelten. Um es zusammen zu fassen: Einer Annäherung von SPD und (katholischer) Kirche standen bis 1945 neben der grundsätzlichen ideologischen Distanz der Sozialdemokraten

und der Arbeiterbewegung zu Religionen und aufgrund ihrer konkreten Erfahrungen mit den christlichen Kirchen im Besonderen die gerade im Blick auf den Katholizismus unterschiedlichen Sozialmilieus im Wege.

Während der Weimarer Republik, vereinzelt auch schon in früheren Jahren, signalisierten jedoch Teile der evangelischen Kirche ihre Bereitschaft zum Dialog mit der Sozialdemokratie, als die SPD von namhaften Theologen wie Karl Barth (1886-1968) und Paul Tillich (1886-1965), letzterer gehörte dem 1921 gegründeten Bund religiöser Sozialisten Deutschlands an, unterstützt wurde. Intellektuell wichtig war der 1919 entstandene „Berliner Kreis“ bzw. „Kairos-Kreis“ um Tillich und den Sozialökonom Eduard Heimann (1889-1967). Organ dieses Kreises waren die „Blätter für den religiösen Sozialismus“ (1920-1927) bzw. die „Neuen Blätter für den Sozialismus“ (1927-1933), an denen auch „rechte“ Sozialdemokraten und spätere Widerstandskämpfer wie Theodor Haubach (1896-1945), Carlo Mierendorff (1897-1943) und Adolf Reichwein (1898-1944) mitarbeiteten. In Berlin, Baden, dem Rheinland, Thüringen und Westfalen gab es Gruppen, die sich dezidiert als „Religiöse Sozialisten“ bezeichneten. Dennoch hielten das Görlitzer Programm von 1921 und das Heidelberger Programm von 1925 weiterhin an der völligen Trennung von Kirche und Staat fest.

Die Religiösen Sozialisten stießen auch innerhalb der SPD vielfach auf Ablehnung, blieben dort weitgehend ohne Einfluss und konnten ihre gesellschaftsverändernden Ziele in der Weimarer Republik nicht erreichen. Aber an ihr Wirken und an die schon vor dem Ersten Weltkrieg bestehenden revisionistischen Bestrebungen knüpften nach 1945 führende Sozialdemokraten an, als es darum ging, aufgrund neuer Erfahrungen und einer schärferen Differenzierung zwischen Religion, Theologie und Kirche das Verhältnis der Partei zu den Kirchen neu zu bestimmen. Die teilweise im „Dritten Reich“ praktizierte Zusammenarbeit von sozialdemokratischen und christlichen Gegnern des Nationalsozialismus in der gemeinsamen Verfolgungssituation hatte ebenfalls erheblich dazu beigetragen, Fronten abzubauen und eine langsame Annäherung zu ermöglichen.

Erste Begegnungen zwischen Sozialdemokratie und Kirche nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fanden zwischen lokalen und regionalen Gruppen statt. So plädierte im Dezember 1945 der sozialdemokratische Landrat in Husum Franz Suchan (1911-1971) für eine Zusammenarbeit mit christlichen Kräften. Auf Bundesebene bestand jedoch weiterhin größere Zurückhaltung. Vor allem der SPD nahe

stehende Theologen und Kirchenvertreter bemühten sich, die Distanz zwischen beiden Seiten abzubauen und eine Annäherung vorzubereiten. Hier engagierten sich besonders Schüler Karl Barths, wie z.B. Helmut Gollwitzer (1908-1993), Hans-Joachim Iwand (1899-1960), Ernst Wolf (1902-1971) und Karl Kupisch (1903-1982). Im Juli 1947 veranstalteten Iwand und Martin Niemöller (1892-1984) ein Treffen für protestantische Kirchenführer mit einigen prominenten Sozialdemokraten, wie z.B. Kurt Schumacher (1895-1952), der dort geäußert haben soll, dass SPD und Kirche nicht mehr verfeindet, Vernunft und Religion keine Gegensätze mehr seien. In seinem im gleichen Jahr erschienenen Aufsatz „Die Chance des Christentums“ bezeichnete Schumacher Religion als „eine notwendigerweise sich gut auswirkende Macht“ und betonte die „Unverzichtbarkeit der Religion für eine große Gemeinschaft“. Das „Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes“ vom 8. August 1947, das so genannte „Darmstädter Wort“, förderte diesen Annäherungsprozess nachhaltig. Die Kategorie der Menschenwürde und die Forderung nach Gerechtigkeit wurden in der Nachkriegszeit zu einer Basis, auf die sich Parteimitglieder unterschiedlicher Herkunft einigen konnten; gleichzeitig ermöglichte diese Kategorie, die Beziehungen zu den christlichen Kirchen zu erneuern und auch gemeinsame Ziele zu verfolgen. Im Bundestag entstand in der SPD-Fraktion ein kleiner protestantischer Flügel um Adolf Arndt (1904-1974), Wilhelm Mellies (1899-1958), Hans Merten (1908-1967) und Ludwig Metzger (1902-1993). Dieser verstärkte sich in den fünfziger Jahren, als Gustav Heinemann und Teile der aufgelösten Gesamtdeutschen Volkspartei zur SPD übertraten – darunter Johannes Rau (1931-2006), Erhard Eppler (Jahrgang 1926), Friedhelm Fahrtmann (Jahrgang 1930), Jürgen Schmude (Jahrgang 1936) und Diether Posser (1922-2010) sowie die ehemalige Vorsitzende des Zentrums Helene Wessel (1898-1969).

Herbert Wehner plädierte schon im März 1947 für einen Neuanfang im Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Kirchen und lehnte es explizit ab, das religiöse Bekenntnis zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung werden zu lassen. Er hob hervor, dass die Sozialdemokraten „gerade durch ihr Programm und ihre politische Praxis die Träger religiöser Überzeugungen vor Verfolgungen, Benachteiligungen und Verunglimpfungen“ schützen wollen. 1948 formulierte Kurt Schumacher als eine Richtlinie der sozialdemokratischen Politik, dass die Freiheit der Lehre, der Verkündigung und der Ausübung jeder Religion und jeder Weltanschauung gesichert werden sollte. Im Rahmen einer kulturpolitischen Konferenz Ende Juli 1948 in Lübeck

arbeiteten Sozialdemokraten auch über das Verhältnis von Christentum, Sozialismus und Humanismus. Vor allem das SPD-Vorstandsmitglied Willi Eichler (1896-1971) hatte sich zusammen mit anderen Sozialdemokraten um das Gespräch mit den Kirchen bemüht. Eichler unterschied zwischen dem Christentum als Idee und der Kirche als äußerer Form dieser Idee. Wie alle Organisationen sei auch die Kirche in politischen Entscheidungen fehlbar. Die berechtigte Kritik an den Verfehlungen der Kirche im Laufe ihrer Geschichte dürfe aber nicht zu dem Schluss führen, dass aufgrund der falschen Politik der Kirche auch die Religion sinnlos sei. Daher plädierte er für eine Überwindung der Spannungen und für das „Bündnis der guten Christen und der guten Sozialisten, für das Bündnis der Leidenden und der Denkenden, der anständigen, gläubigen und seelisch gefestigten Vertreter einer sittlichen und rechtlich-moralischen Ordnung“. Gerade dieser Aspekt spielte in der Nachkriegsdiskussion noch immer eine bedeutende Rolle für das Verhältnis vieler Sozialdemokraten zu Kirche und Theologie. Dennoch: Die Unterstützung konservativ-nationalistischer Gruppierungen und ihrer Politik in der Weimarer Republik und das Schweigen der evangelischen Kirche als Institution zu den bereits im Februar 1933 begonnenen Verfolgungen und Misshandlungen von Gegnern der Nationalsozialisten, vornehmlich aus der Arbeiterbewegung, wirkte sich auch nach 1945 noch negativ aus.

Das Verhältnis der SPD zur Katholischen Kirche blieb nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs über lange Zeit angespannt, obwohl es schon in den vierziger Jahren Kontakte zwischen sozialdemokratischen Politikern und Linkskatholiken, wie Walter Dirks (1901-1991), Eugen Kogon (1903-1987) und Carl Amery (1922-2005), gab. Dirks gehörte zu den wenigen prominenten Katholiken im Bund der religiösen Sozialisten der Weimarer Republik. Inoffizielle Gespräche zwischen Herbert Wehner, Willi Eichler und Erich Ollenhauer (1901-1963) mit Katholiken um den bedeutenden katholischen Sozialethiker Pater Eberhard Welty (1902-1965) gab es in den frühen fünfziger Jahren im Dominikanerkloster Walberberg. Sie ergaben Übereinstimmungen in sozialpolitischen Fragen, jedoch einen Dissens in Punkten des Elternrechts und der christlichen Erziehung, z.B. der Frage von Bekenntnisschulen. Im Frühjahr 1953 wurden sie durch eine Indiskretion bekannt und daher zeitweise ausgesetzt, später jedoch bis 1962 fortgeführt.

Im Dezember 1953 wurde der bayerische „Arbeitskreis sozialdemokratischer Katholiken“ gegründet. Weitergehende Reformen wurden jedoch noch vom Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer abgeblockt. Die hier deutlich werdende

mangelnde Flexibilität in weiten Teilen der SPD, aber auch die enge Verbindung der katholischen Kirche im politischen Bereich zu den Unionsparteien CDU und CSU – so führte bis 1950 ein Prälat die CSU-Landtagsfraktion in Bayern – standen einer Annäherung im Wege. Insgesamt wurde die SPD von Seiten des Katholizismus in erster Linie an ihrem Programm und weniger an der in kirchlichen und religiösen Fragen gemäßigten Real-Politik gemessen. Darüber hinaus gab es inhaltliche Differenzen, z.B. stand das sozialdemokratische Konzept der Gemeinschaftsschule der kirchlichen Forderung nach Bekenntnisschulen entgegen.

Für die SPD blockierte der katholische Bevölkerungsanteil, der überwiegend die Unionsparteien wählte, den Weg von der Opposition zur Regierung. 1956 erzielte die SPD bei der Kommunalwahl 1956 in Nordrhein-Westfalen überraschend Gewinne in katholischen Hochburgen. Der Münsteraner Bischof Michael Keller (1896-1961) stellte – vielleicht als Reaktion darauf – ein Jahr später auf einer Kundgebung der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) vor der Bundestagswahl fest, dass ein gläubiger Katholik nicht sozialdemokratisch wählen könne. Zu dieser Wahl 1957 erließ der SPD einen besonderen Aufruf an die katholischen Wähler, in dem sie eine Forderung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken aufgriffen, Parteien nach den Werken und nicht den Worten zu beurteilen. Zugleich wurde betont, dass der Sozialismus sich in seiner historischen Entwicklung verändert habe und heute nicht mehr der politischen Bewegung entspreche, die Papst Pius XI. 1931 ausdrücklich verurteilt hatte (Enzyklika *Quadragesimo Anno*). Die erneut deutlich verlorene Wahl 1957 – die CDU/CSU erhielt 50,2, die SPD 31,8 Prozent der Stimmen – führte dazu, dass ein Wandel hin zu einer Realpolitik einsetzte und der bislang lockere Kontakt zur Katholischen Kirche nunmehr systematisiert wurde.

Nach den vertraulichen Kontakten fand vom 10. bis 12. Januar 1958 eine erste öffentliche Begegnung zwischen Sozialdemokratie und Katholizismus in der im Vorjahr gegründeten Katholischen Akademie in München über das Thema „Christentum und demokratischer Sozialismus“ statt. Die Initiative zu diesem entscheidenden Ereignis für das Verhältnis beider Seiten zueinander ging von ihrem Gründungsdirektor Karl Forster (1928-1981) aus; auf Seiten der SPD war der Hauptinitiator der Landesvorsitzende der SPD in Bayern Waldemar von Knoeringen (1906-1971), der auch innerhalb seiner Partei deswegen kritisch beäugt wurde. Ziel war es, „den gegenseitigen Standort in einigen wichtigen Bereichen politischer Gestaltung zu ermitteln“. Der SPD sollte vermittelt werden, dass sie mit kompetenten

Vertretern der Katholischen Kirche reden müsse, wenn sie ihr Verhältnis zur Kirche verändern wolle.

Personell war die Tagung hochrangig besetzt: Referenten waren von katholischer Seite die Jesuiten Gustav Gundlach (1892-1963) und Oswald von Nell-Breuning (1890-1991), beide führende Vertreter der Katholischen Soziallehre. Gundlach war seit 1929 Professor für Sozialphilosophie und -ethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt am Main und von 1934 bis 1962 zugleich an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. Nach seiner Emeritierung übernahm er die Leitung der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach; er galt als einflussreich im Vatikan. Papst Pius XII. (1876-1958) hatte zunächst schwerwiegende Bedenken, Gundlach teilnehmen zu lassen, und gab seine zögerliche Zustimmung erst, als der Erzbischof von München und Freising Joseph Kardinal Wendel (1901-1960) dessen Teilnahme und Vortrag ausdrücklich wünschte. Gustav Gundlach eröffnete die Tagung mit einem Beitrag über „Katholizismus und Sozialismus“.

Oswald von Nell-Breuning studierte Mathematik, Naturwissenschaften sowie Theologie und Philosophie, trat 1911 in den Jesuitenorden ein und wurde 1921 in Innsbruck zum Priester geweiht. 1928 wurde er in Münster zum Dr. theol. promoviert und war seitdem Professor für Moraltheologie, Kirchenrecht und Gesellschaftswissenschaften an der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Jesuiten St. Georgen in Frankfurt am Main. 1930/31 erledigte er Vorarbeiten für die Sozialenzyklika „Quadragesimo Anno“ von Pius XI. Als Theologe ging es ihm um die Verbindung zwischen katholischem Glauben und modernen Sozialwissenschaften. Durch seine zahlreichen Publikationen und Vorträge wirkte er einflussreich in Kirche und Gesellschaft. Genannt seien hier seine Überlegungen zur Gewerkschafts- und Unternehmenstheorie, zur Grundlegung der Mitbestimmung, zur Vermögensbildung und zum Verhältnis von Kirche und Staat. Er setzte sich dafür ein, dass katholische Christen auch in der Gewerkschaftsbewegung aktiv sein konnten. Offizielle kirchliche Anerkennung erhielt er erst gegen Ende seines Lebens. Er gilt bis heute als der Nestor der Katholischen Soziallehre. Sein Referat über „die politische Verwirklichung der christlichen Soziallehre“ bildete den Abschluss des Vortragsteils.

Auf Seiten der SPD sprachen der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, der Staatsrechtler Carlo Schmid (1896-1979), über den „ideologische[n] Standort des deutschen Sozialismus in der Gegenwart“, der Parlamentarische Geschäftsführer der



SPD-Bundestagsfraktion Adolf Arndt über „Sozialistische Staatspolitik – heute“, Waldemar von Knoeringen über „Kulturpolitik als Staatspolitik“ sowie der Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung Prof. Dr. Gerhard Weisser (1898-1989) über „die sozialpolitischen Ziele der SPD“. Alle SPD-Vertreter waren keine Mitglieder der Katholischen Kirche; von Knoeringen war 1933 ausgetreten. Weiterhin referierte der Präsident des Verfassungsgerichtshofs und des Oberverwaltungsgerichts von Rheinland-Pfalz und CDU-Politiker Prof. Dr. Adolf Süsterhenn (1905-1974) über „Politik aus christlicher Staatsauffassung“; der Historiker Götz Freiherr von Pölnitz (1906-1967), ordentlicher Professor an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Dillingen, trug über „Wesen, Aufgaben und Wege christlicher Kulturpolitik“ vor.

Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876-1967) missfiel die Organisation dieser Tagung. Er versuchte sie durch Intervention im Vatikan und beim Erzbischof von München und Freising – vergeblich – zu verhindern. Akademieleiter Forster, der von 1967 bis 1971 Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz und Berater Julius Kardinal Döpfners sowie von 1971 bis 1981 Professor für Pastoraltheologie an der Universität Augsburg war, publizierte die Referate und berichtete ausführlich über die Diskussionen. Er resümierte, „daß Aufgeschlossenheit und Redlichkeit auf beiden Seiten in denkwürdigem Ausmaß gegeben waren und daß es auch gelungen ist, das Verbindende wie das Unterscheidende in ihren tiefen geistigen Wurzeln zu erarbeiten oder wenigstens zu umschreiben.“ Im In- und Ausland fand die Tagung ein sehr großes „meist auch ein objektives und sachliches Echo“. Für das Verhältnis zwischen SPD und Katholischer Kirche war hier ein wichtiger Schritt getan worden, der insbesondere die Reformbestrebungen innerhalb der SPD, die letztlich im Godesberger Programm mündeten, verstärkte.

Auch auf katholischer Seite begann ein langsamer Annäherungsprozess, den Papst Johannes XXIII. (1881-1963) mit seiner Öffnung der Kirche, die sich im Zweiten Vatikanischen Konzil von 1962 bis 1965 widerspiegelt, initiierte. Sein Leitmotiv war das „Aggiornamento“, die Modernisierung der Kirche. Viele gesellschaftliche Implikationen und zeitgenössische Probleme wurden in diesem Kontext aufgegriffen. Neubestimmt wurde u. a. die Stellung der Laien, die Bedeutung der Ortskirchen, die Liturgie und die Soziallehre sowie das Verhältnis zu anderen christlichen Kirchen und zu den nichtchristlichen Religionen; hinzu kamen innerhalb der Kirche organisatorische Veränderungen. Die abschließende Pastoralkonstitution „Gaudium

et Spes“ stellte klar, dass bei „Fragen der Ordnung irdischer Dinge“ unter Christen unterschiedliche Meinungen vertreten sein könnten und niemand das Recht habe, ausschließlich für seine eigene Position kirchliche Autoritäten in Anspruch zu nehmen.

Eine Zäsur im Verhältnis der Sozialdemokratie zum Christentum insgesamt sieht Rüdiger Reitz (Jahrgang 1938) in der Rede Carlo Schmid auf dem Hamburger SPD-Parteitag im Jahre 1950, durch die die Abkehr vom kausal-mechanistischen Geschichtsbild der SPD vollzogen und der Respekt vor jeder Religion und jeder Weltanschauung gefordert wurden. Der 8. Internationale Sozialistenkongress in Frankfurt erkannte 1951 die Gleichberechtigung von marxistischen und religiösen bzw. humanitären Motiven an. In den fünfziger Jahren setzte sich dieser Annäherungsprozess zwischen Sozialdemokratie und Kirche weiter fort: 1953 forderte Carlo Schmid, dass ideologischer Ballast abgeworfen werden müsse. Der Hamburger Oberschulrat und SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Johannes Schult schrieb zeitgleich zum Thema „Christentum, Kirche und die Sozialdemokratie Deutschlands“: „Die aufgezeigte geschichtlich bedingte Gegensätzlichkeit des vorigen Jahrhunderts hat sich nur noch bei den konservativen Gruppen innerhalb der Kirche und der SPD erhalten. Sie wird aussterben und einem Zusammenarbeiten der beiden Institutionen Platz machen. Zunächst wird eine weitgehende Toleranz zu üben sein. Im Zusammenwirken am gleichen Ziel und den daraus abgeleiteten Aufgaben wird sich ein friedliches Miteinander entwickeln, an den Häuptionern wie an den Gliedern.“

In Hamburg trat Mitte der fünfziger Jahre Herbert Wehner wieder in die evangelische Kirche ein und sprach gelegentlich in der Hauptkirche St. Michaelis. Der damalige Senior und spätere Bischof der Landeskirche Hans-Otto Wölber (1913-1989) bezeichnete Wehner als einen der entscheidenden Mentoren einer Entwicklung, die dazu führte, dass die SPD auch im liberalen Humanismus und im Christentum Wurzeln sozialistischer Politik erblickte.

Die deutsche Gesellschaft war nicht mehr wie im Kaiserreich von Facharbeitern, sondern vor allem von Angestellten geprägt, die seit den zwanziger Jahren auch innerhalb der SPD nach und nach immer stärker vertreten waren, während der Anteil der Arbeiter zurückging. Die Partei musste auf diese veränderte Situation reagieren, um nicht an politischer Bedeutung zu verlieren; deutlich wurde dies auch in programmatischen Änderungen. Um bundesweit aus der Randposition einer Minderheitenpartei herauszukommen und um eine etwaige Regierungsübernahme

grundsätzlich zu ermöglichen, war es notwendig, auch das Verhältnis der Partei zu den Kirchen zu bereinigen, was 1959 mit dem Godesberger Programm erfolgte. Zum Hintergrund dieser Veränderungen gehörte ebenfalls der „Kalte Krieg“ zwischen den Weltmächten USA und UdSSR und die besonderen Erfahrungen der Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone durch den 1946 erzwungenen Zusammenschluss von SPD und KPD zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED), die 1949 dem „Sozialdemokratismus“ den Kampf ansagte. Die Annäherung zwischen Christentum und Sozialismus begann zeitlich parallel mit dem Beginn des „Kalten Krieges“.

Dieser Veränderungsprozess fand innerhalb der SPD seinen programmatischen Niederschlag. Im Berliner Programm von 1954 hieß es bereits: „Die sozialistischen Ideen sind keine Ersatzreligion. Die sozialistische Bewegung stellt sich nicht die Aufgaben einer Religionsgemeinschaft. In Europa sind Christentum, Humanismus und klassische Philosophie geistige und sittliche Wurzeln des sozialistischen Gedankengutes. Die Sozialdemokratie begrüßt die wachsende Erkenntnis vieler Christen, daß das Evangelium eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft einschließt.“

Grundsätzlich fand die Annäherung an das Christentum 1959 mit der Abkehr von der Orthodoxie seine programmatische Verankerung im „Godesberger Programm“. Dort gab es einen eigenen Abschnitt zum Thema „Religion und Kirche“, der aufgrund seiner Bedeutung hier vollständig zitiert wird:

„Nur eine gegenseitige Toleranz, die im Andersglaubenden und Andersdenkenden den Mitmenschen gleicher Würde achtet, bietet eine tragfähige Grundlage für das menschlich und politisch fruchtbare Zusammenleben.“

Der Sozialismus ist kein Religionsersatz. Die Sozialdemokratische Partei achtet die Kirchen und die Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz.

Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie stets bereit. Sie begrüßt es, daß Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft bejahen.

Freiheit des Denkens, des Glaubens und des Gewissens und Freiheit der Verkündigung sind zu sichern. Eine religiöse oder weltanschauliche Verkündigung darf nicht parteipolitisch oder zu antidemokratischen Zwecken mißbraucht werden.“

Diese Programmpassage ermöglichte es, den begonnenen Prozess der Annäherung zwischen Sozialdemokratie und Kirche zu intensivieren. Von daher kann das Godesberger Programm als Zäsur in der Geschichte des Verhältnisses zwischen beiden Seiten gelten.

## II. Zweierlei Annäherung: Das Verhältnis der SPD zu den Kirchen nach Godesberg

Das Godesberger Programm der SPD von 1959 war eine wichtige inhaltliche Voraussetzung für eine grundsätzliche Erneuerung des Verhältnisses zu den Kirchen und stellt so eine Zäsur dar. Zentral waren der Satz: „Der Sozialismus ist kein Religionsersatz“, der öffentlich-rechtliche Schutz für Religionsgemeinschaften sowie die erklärte Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kirchen „im Sinne einer freien Partnerschaft“.

Allerdings setzte gerade im Blick auf den Katholizismus nicht sofort eine Veränderung ein, das neue Parteiprogramm wurde dort weitgehend abgelehnt, z.B. im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. In vielen Veröffentlichungen wurde behauptet, dass die dort festgeschriebene Wandlung nur vorgetäuscht und die Partei weiterhin „antireligiös“ sei. Inhaltlich wurde kritisiert, dass die Bekenntnisschulen und das Subsidiaritätsprinzip, das zusammen mit Solidarität und Gemeinwohl zu den Hauptprinzipien der Katholischen Soziallehre zählte, nicht berücksichtigt werden würde. Und dennoch bezeichnete gerade ihr Nestor, Oswald von Nell-Breuning, den gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Programms als ein „kurz gefaßtes Repetitorium der katholischen Soziallehre“. Immerhin gab es nunmehr Teile der katholischen Presse, wie die *Münchner Katholische Kirchenzeitung*, die die SPD wohlwollender betrachteten.

Im Januar 1961 setzte die SPD eine Kommission ein, die intensivere Gespräche mit der Katholischen Kirche führen sollte. Dazu gehörten Adolf Arndt, Willi Eichler, Herbert Wehner sowie der kurz zuvor von der CDU zur SPD gewechselte katholische Bundestagsabgeordnete Peter Nellen (1912-1969). So ergaben sich 1961/62 einige Gespräche mit den Kardinälen Josef Frings (1887-1978) und Julius Döpfner (1913-1976). Auf der anderen Seite gab es in Teilen des Katholizismus zeitgleich Kritik an der CDU, die Partei würde das Christliche im Parteinamen vernachlässigen und liberale Anschauungen vertreten. Dennoch empfahlen anlässlich der Bundestagswahl im September 1961 die deutschen Bischöfe in einem Hirtenwort implizit nach wie vor, CDU oder CSU zu wählen, und auch das konkrete

Wahlverhalten änderte sich noch nicht. Wie 1949 gaben nur 26 Prozent der katholischen Wählerinnen und Wähler der SPD ihre Stimme, 62 Prozent wählten die Unions-Parteien.

Hilfreich war auf der anderen Seite der durch das Zweite Vatikanische Konzil begonnene Prozess der Öffnung der Katholischen Kirche zur Welt, insbesondere die schon erwähnte Enzyklika von Papst Johannes XXIII. „Mater et Magistra“ vom 15. Mai 1961. Der SPD-Kanzlerkandidat Willy Brandt (1913-1992) sah darin vielfältige Übereinstimmungen mit dem Godesberger Programm. 1961 und vor allem im Kontext der Spiegel-Affäre im Herbst 1962 gab es erste Sondierungen über eine Große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD, zu denen katholische Kirchenvertreter, wie Josef Kardinal Frings und der Münsteraner Weihbischof Heinrich Tenhumberg (1915-1979), ihre Zustimmung gaben, was noch einige Jahre vorher undenkbar gewesen wäre.

Angeregt von Papst Paul VI. wurde am 5. März 1964 erstmals eine sozialdemokratische Delegation im Vatikan empfangen. Der Impuls dazu ging bereits im Vorjahr vom SPD-Politiker Ernst Paul (1897-1978) und einem Bruder des Papstes, Senator Ludovico Montini (1896-1990), aus, die sich aus europäischen Gremien persönlich gut kannten. Dieser Kontakt erfolgte mit Billigung Herbert Wehners. Wichtige Vermittlungsarbeit leistete im Hintergrund der Katholik Johannes Schauff (1902-1990). Die Audienz war so diskret vorbereitet worden, dass der deutsche Episkopat und die Bundesregierung erst nach Vereinbarung des Termins davon erfuhren. Es bestand ein Fotografierverbot, und über die Inhalte der Begegnung wurde Vertraulichkeit vereinbart. Zuerst fand ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Fritz Erler und Papst Paul VI. statt, in dem es um die geistige Entwicklung von Sozialdemokratie und Katholischer Kirche ging; anschließend wurden die weiteren Delegierten Waldemar von Knoeringen, Ernst Paul und Peter Nellen empfangen. Erler überreichte dem Papst ein Exemplar des Godesberger Programms und erklärte, dass die SPD an guten Beziehungen zur Katholischen Kirche interessiert sei. In seiner Antwort lobte der Papst den Beitrag dieser Partei zum wirtschaftlichen und sozialen Leben in Deutschland und distanzierte sich von einstigen Differenzen. Offenbar wollte er die kirchlichen Interessen nicht zu eng an eine einzige Partei binden und schuf somit eine Basis für weitere Kontakte mit der SPD. Dennoch wurden vom deutschen Episkopat Gesprächswünsche der SPD nicht aufgegriffen. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt bemühte sich im Anschluss an die

Audienz vergeblich um einen Termin bei Kardinal Frings, der eine Zusammenkunft für nutzlos hielt. Auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken unter ihrem Generalsekretär Friedrich Kronenberg (Jahrgang 1933) betonte weiterhin die Nähe zu den Unionsparteien. Der Journalist Frederic Spotts vermutet, dass die führenden Katholiken Probleme hatten, „auf ihren letzten großen weltlichen Feind zu verzichten“.

Ein wichtiger Schritt der praktischen Annäherung waren die 1961 begonnenen Verhandlungen zwischen dem sozialdemokratisch geführten Land Niedersachsen und dem Vatikan über die Frage der Bekenntnisschulen. Ergebnis waren nicht nur ein Abkommen, sondern das erste Konkordat nach dem mit Preußen 1929 und dem Reichskonkordat von 1933, das den rechtlichen Status der Katholischen Kirche in Niedersachsen bestätigte, u. a. kirchliche Feiertage sicherte sowie eine großzügige finanzielle Unterstützung des Landes für katholische Schulen und Erwachsenenbildungsstätten ermöglichte. Das Konkordat wurde am 26. Februar 1965 vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Georg Diederichs (1900-1983) und dem päpstlichen Nuntius für Deutschland Corrado Kardinal Bafile (1903-2005) unterzeichnet. Vorausgegangen war eine Öffnung der SPD in der Schulfrage. Die Partei forderte nicht mehr ausschließlich die öffentliche Gemeinschaftsschule, sondern ließ in ihren „Bildungspolitischen Leitsätzen“ vom 22. Juli 1963 auch die konfessionelle Erziehung zu. Auf dem SPD-Parteitag in Karlsruhe im November 1964 stellte Gustav Heinemann fest: „Die Sozialdemokratische Partei respektiert die Entscheidung der Eltern, die einer durch ihren Glauben oder durch ihre Weltanschauung besonders bestimmten Erziehung den Vorrang geben.“

Bei der Bundestagswahl 1965 erzielte die SPD im katholischen Bereich deutliche Stimmenzuwächse, vor allem in Industriegebieten und Großstädten, aber auch im ländlichen Raum. Das galt auch für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im folgenden Jahr. Seitdem gab es Zusammenkünfte im Katholischen Büro in Bonn, an denen Bischof Tenhumberg und Prälat Forster auf der einen, Herbert Wehner, Carlo Schmid, Georg Leber und Willi Eichler auf der anderen Seite beteiligt waren. Die parteipolitischen Kontakte der katholischen Hierarchie waren nunmehr auch offiziell nicht mehr auf die CDU/CSU beschränkt. Diese wurden zur Zeit der Großen Koalition der Unionsparteien mit der SPD fortgesetzt. Die SPD war regierungsfähig geworden. Die intensiv diskutierte Ost-Denkschrift der EKD wurde von Herbert Wehner mehrfach öffentlich thematisiert. Trotz kritischer Herangehensweise an dieses

Dokument überwog bei ihm letztlich die Zustimmung. Dabei betonte er, dass die EKD grundsätzlich das Recht habe, sich zu Grundfragen der Politik zu äußern. Die SPD begrüße es, „wenn sich Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus sich zur Verantwortung in der Gesellschaft bekennen.“ In der öffentlichen Diskussion sollte die Denkschrift als Ganzes angemessen gewürdigt und in Ruhe besprochen werden. Die SPD warb weiterhin um Christen als Mitglieder und Wähler. Auf dem SPD-Landesparteitag in Berlin betonte Georg Leber am 22. April 1966: „Die Sozialdemokratie von heute ist nicht mehr die Sozialdemokratie von einst, und die Kirchen begegnen heute vielen unserer Probleme mit großer Aufgeschlossenheit und sind zuverlässige Partner bei der Lösung vieler sozialer Fragen.“ Der Parteivorsitzende Willy Brandt stellte im Mai 1966 auf dem Dortmunder Parteitag klar: „In der SPD hat der Katholik genauso seinen Platz wie der Protestant. Wir führen das Christentum nicht zur unpassenden Zeit im Munde. Aber wir bemühen uns, so gut wir es können, unseren Dienst am Mitmenschen und unseren Dienst an der Gemeinschaft vom Geist der Bergpredigt beflügeln zu lassen.“

Durch das verbesserte Verhältnis zwischen Katholizismus und Sozialdemokratie kam es im November 1967 zu einem Novum: Mit Georg Leber wurde der erste Sozialdemokrat in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken gewählt, der führenden Vereinigung katholischer Laien, in der kontinuierlich Mitglieder der CDU bzw. CSU stärker vertreten waren. Ein Jahr später drückte Leber das gestiegene Selbstbewusstsein katholischer Sozialdemokraten so aus: „Wir haben gar keine Veranlassung, uns zu ducken und mit einem Stehplatz an der Kirchentür zu begnügen.“ Dass ein Katholik Mitglied der SPD wurde, war noch 1950 ein Skandal, wie z. B. bei Heinz Rapp (1924-2007), bzw. wurde als überraschend empfunden, wie bei dem damaligen Gerichtsreferendar Hans-Jochen Vogel (Jahrgang 1926). In den knapp zwei Jahrzehnten hatte sich durch die beiderseitige Annäherung einiges getan.

Gerade zur Zeit der Großen Koalition von 1966 bis 1969 war das Verhältnis zwischen SPD und Katholischer Kirche gut, da man auf Spitzenebene miteinander und nicht mehr ausschließlich übereinander redete. An der Basis gab es jedoch auf beiden Seiten weiterhin Ressentiments. Auch wenn die Katholische Kirche auf oberster Ebene nicht mehr deutlich machte, welche politische Partei sie bevorzugte, so konnten die engen Beziehungen zu den Unionsparteien gerade auf regionaler und lokaler Ebene jedoch nicht so schnell aufgelöst werden. Von einer Begegnung auf

Augenhöhe konnte daher noch nicht die Rede sein. Dennoch wurde ein Klima geschaffen, in dem Katholiken in die SPD eintreten und sich dort engagieren konnten.

1969 setzten sich die sozialdemokratischen Erfolge im katholischen Milieu fort. Die SPD erreichte bei der Bundestagswahl 42,7 Prozent und bildete zusammen mit der FDP, die auf 5,8 Prozent kam, nunmehr die Bundesregierung; die CDU/CSU wurde trotz ihrer 46,1 Prozent in die Opposition verwiesen. Bei den Katholiken konnte die SPD deutlich an Stimmen gewinnen und erreichte mit 33 Prozent sieben Prozentpunkte mehr als zuvor. Dennoch blieb die Verbindung zwischen Katholischer Kirche und Unionsparteien nach wie vor sehr eng.

Die SPD setzte in ihren Kontakten, wie später auch, auf die offizielle Amtskirche und ihre Vertreter, nicht auf die in den sechziger Jahren stärker werdenden kritischen, „linkskatholischen“ Gruppierungen. Herbert Wehner befürchtete, dass die SPD „eine Art umgekehrte CDU“ werde, wenn sie sich diesen Kreisen öffnen würde. Die SPD hatte und hat die gesamte Katholische Kirche im Blick und nicht nur ein bestimmtes Segment. Trotzdem engagierten sich einige Linkskatholiken in einem „Katholischen Arbeitskreis in der Sozialdemokratischen Wählerinitiative“, dem neben Theologen auch Prominente, wie der Schriftsteller Günter Grass (Jahrgang 1927), angehörten.

Zu einer gravierenden Verschlechterung der Beziehungen zur Katholischen Kirche führten die Reformprojekte der sozialliberalen Koalition ab 1969, insbesondere die langjährigen Auseinandersetzungen um die Reform des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch (StGB). Entsprechend angespannt war das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Katholizismus im Wahljahr 1972. Joseph Kardinal Höffner (1906-1987) erklärte nur die Abgeordneten für wählbar, die die Unantastbarkeit ungeborenen menschlichen Lebens sicherstellten. Auch der Wahlhirtenbrief der Deutschen Bischofskonferenz und eine entsprechende Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken fielen zugunsten der Unionsparteien aus. Der CDU-Sprecher Willi Weiskirch (1923-1969) erklärte sogar in einem Presseartikel: „Ein Katholik, der sich in eine SPD-Versammlung verirrt, ist nach wie vor in der Situation eines gläubigen Christen, der zufällig in eine Moschee geraten ist.“

Bundeskanzler Willy Brandt setzte sich frühzeitig für normale Beziehungen zum Vatikan ein und beauftragte Verkehrsminister Georg Leber und den Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner, entsprechende Verbindungen aufzunehmen. Am 19. November 1969 wurden beide von Papst Paul VI. zu einer Audienz



eingeladen. Der Papst begrüßte das Bestreben der SPD, ihr Verhältnis zur Katholischen Kirche verbessern zu wollen. Am 13. Juli 1970 wurde Brandt selbst vom Papst zu einem Gespräch empfangen, bei dem es um die Ostpolitik ging.

Im März 1972 forderte Brandt erneut im SPD-Parteivorstand, sich um ein gutes Verhältnis zu den Kirchen zu bemühen, was von den meisten Funktionären auch umgesetzt wurde. Bei der Bundestagswahl am 19. November 1972 wurde die SPD mit 45,8 Prozent erstmals stärkste Partei – die CDU/CSU lag bei 44,9 Prozent – und konnte zusammen mit der FDP, die bei 8,4 Prozent lag, gestärkt weiter regieren. Brandt wusste um die Bedeutung gerade der katholischen Stimmen für seinen Erfolg und freute sich über „den Geist wachsender Offenheit unter unseren katholischen Landsleuten“. In seiner zweiten Regierungserklärung stellte er die Kirchen besonders heraus. Nunmehr gab es in der Katholischen Kirche vorsichtige Öffnungstendenzen. Prälat Wilhelm Wöste (1911-1993) befasste sich in einem Vortrag mit der Möglichkeit einer Äquidistanz zu den politischen Parteien. Die Kirche müsse nach allen Seiten gesprächsbereit sein, forderte er und lud im Februar 1973 katholische Abgeordnete der SPD zu Gesprächen ein, darunter die Minister Hans-Jochen Vogel und Georg Leber, sowie den Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner. Dennoch wirkte sich die temperamentvolle Debatte über die strafrechtliche Regelung der Abtreibung weiterhin negativ für die SPD aus, z.B. im bayerischen Landtagswahlkampf 1974. Selbst Karl Forster, der 1958 die zentrale Tagung über Sozialdemokratie und Katholizismus in München organisiert hatte, wies eine Äquidistanz der Katholischen Kirche zu den politischen Parteien zurück und unterstellte der SPD eine Reideologisierung.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein in der Geschichte des Verhältnisses der SPD zu den Kirchen war die Einrichtung zweier Kirchenreferate beim Parteivorstand unter dem Vorsitz Willy Brandts 1973/74. Hintergrund war der Wunsch, zu allen gesellschaftlich relevanten Gruppen Kontakt zu haben, wobei der Stimmenzuwachs kirchlich gebundener Wählerinnen und Wähler bei den Bundestagswahlen 1969 und 1972, gerade aus dem Katholizismus, ebenfalls eine Rolle spielte. Diese Entwicklung sollte durch eine Kontaktstelle zu allen kirchlichen Ebenen und verbesserte Gesprächsmöglichkeiten weiter gefördert werden. Zugleich galt es, innerhalb der SPD „das Defizit an Wahrnehmungsfähigkeit gegenüber der gesellschaftlichen und politischen Wirksamkeit von Glaube, Religion und Kirche abzubauen“ (Burkhart Reichert). Dabei wollte man den Partner in seiner Eigenständigkeit und in seinem

Selbstverständnis respektieren. Besonders engagiert war in dieser Frage Herbert Wehner.

Dass für jede der beiden großen christlichen Konfessionen ein eigenes Referat mit einem Referenten und einer Sekretärin eingerichtet wurde, war ein einmaliger Vorgang in der deutschen Parteiengeschichte. Besetzt wurden sie 1973 mit dem Pastor Rüdiger Reitz für den evangelischen und 1974 mit dem Diplom-Theologen Burkhard Reichert (1938-2003) für den katholischen Bereich. Beide pflegten persönliche und institutionelle, formelle und informelle Kontakte zu den Kirchen, informierten laufend den Parteivorstand über aktuelle Entwicklungen und Tendenzen sowie atmosphärisch wichtige Hintergründe, bereiteten die Gespräche der SPD mit Kirchenvertretern vor, verfassten Entwürfe für Reden und Schreiben der Vorstandsmitglieder, koordinierten die Parteipräsenz auf Kirchentagen und unterstützten die regionalen und lokalen Arbeitskreise SPD-Kirche, die zuerst 1973 in Bayern entstanden waren. Auch auf dieser Ebene konnten renommierte Referenten gewonnen werden, wie z.B. der katholische Theologe Johann Baptist Metz (Jahrgang 1928).

Burkhard Reichert, zuvor an der Katholischen Akademie Bayerns tätig, war ein in der Katholischen Kirche wie in der SPD geschätzter Gesprächspartner, der durch seine diplomatische Art die Annäherung und Zusammenarbeit nachhaltig förderte: 1978 kam es zur ersten offiziellen Begegnung von Vertretern des SPD-Parteivorstandes und der Deutschen Bischofskonferenz. Aber auch auf den Deutschen Katholikentagen war die SPD durch Reicherts Einsatz immer präsenter: Auf dem Freiburger Katholikentag 1978 waren erstmals sozialdemokratische Positionen im Programm vertreten. Hermann Schmitt-Vockenhausen (1923-1979) war der erste Sozialdemokrat, der mit einem großen Forums-Referat betraut wurde. Zwei Jahre später waren schon mehrere SPD-Referenten auf dem Berliner Katholikentag im Programm zu finden. Reichert, der als einer der wenigen Sozialdemokraten Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken war, bereitete die Vatikan-Kontakte Helmut Schmidts als Bundeskanzler und Willy Brandts als Vorsitzendem der Nord-Süd-Kommission vor.

Rüdiger Reitz war nach seiner Ordination in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau journalistisch tätig. Beim Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) hatte er ein Volontariat absolviert und dort anschließend als fester freier Mitarbeiter im Bereich „Kirche und Leben“ gearbeitet. Auf Empfehlung Erhard Eppers, des Beauftragten der

SPD für die Kontakte zur Evangelischen Kirche, hatte er im Juni 1973 die Position des evangelischen Kirchenreferenten beim SPD-Parteivorstand erhalten, die er bis 1999 ausübte. Er hatte sich sehr dafür eingesetzt, dass es auf der regionalen Ebene entsprechende Arbeitskreise SPD-Kirche gab, und die übergreifende Zusammenarbeit koordiniert.

Wichtig war der Kontakt zu den Kirchen gerade in der vorparlamentarischen und parlamentarischen Diskussion von Gesetzesvorhaben, die die von ihnen vertretenen Interessen berührten, was vor allem im Bereich Ehe, Familie, Jugend und Schule der Fall war. Gerade angesichts der Differenzen mit der Katholischen Kirche über die strafrechtliche Reform des Schwangerschaftsabbruchs (Paragraph 218 StGB) war die Arbeit der Kirchenreferate für die SPD von herausragender Bedeutung.

Nach dem Rücktritt Willy Brandts wurde Helmut Schmidt 1974 zum Bundeskanzler gewählt. Schmidt legte großen Wert auf gute Kontakte zu den Kirchen und nahm mit mehreren Grundsatzreden im kirchlichen Kontext Stellung. Seine Rede in der Katholischen Akademie Hamburg über Grundwerte sowie die Publikation von Reden als Taschenbuch mit dem Titel *Als Christ in der politischen Entscheidung* im Jahr 1976 setzten deutliche Akzente. Doch auch das konnte angesichts der Diskussionen um die Reform des Paragraphen 218 StGB nicht verhindern, dass die Union bei der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 mit 48,6 Prozent deutlich gestärkt wurde. Die SPD erlitt Einbußen (42,6 Prozent), konnte aber mit der FDP (7,9 Prozent) die Koalition fortsetzen. Deutlich waren die Verluste der SPD im katholischen Milieu, wo sie von 39 Prozent (1972) auf 32 Prozent absackte, wohingegen CDU und CSU von 57 auf 62 Prozent zulegten. Von den regelmäßigen katholischen Kirchgängern wählten nur noch 22 Prozent die SPD, 75 Prozent aber die Unionsparteien. 1980 nahmen die katholischen Bischöfe noch einmal implizit für die Unionsparteien in einem Wahlhirtenbrief politische Stellung, wurden dafür aber selbst vom Kanzlerkandidaten der Union kritisiert.

Ein intensivierter Dialog zwischen Sozialdemokraten und Kirchen ergab sich in den Jahren 1994 bis 1997 bei der Vorbereitung des „Gemeinsamen Wortes der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“, der auf verschiedenen Ebenen stattfand: Neben offiziellen Gesprächen, u. a. mit den Vorsitzenden des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz, gab es Diskussionsabende in den Unterbezirken und Ortsvereinen der SPD. Zu diesem Zeitpunkt sei die SPD-Führungsriege, wie Peter Glotz (1939-2005), von 1981 bis 1987 SPD-

Bundesgeschäftsführer, erinnerte, stark kirchlich geprägt und Agnostiker seien deutlich in der Minderheit gewesen.

Unter der rot-grünen Bundesregierung von 1998 bis 2005 wurde das Verhältnis zum Katholizismus wieder kritischer, weil bei ihrer Vereidigung der Kanzler Gerhard Schröder (Jahrgang 1944) und viele Minister auf die religiöse Formel „So wahr mir Gott helfe!“ verzichteten und Fragen des Schutzes ungeborenen Lebens (Abtreibungspille „Mifegyne“) sowie der gesellschaftlichen Anerkennung bzw. rechtlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensformen zum inhaltlichen Dissens führten. Anders als unter den sozialdemokratischen Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt warb die SPD nicht mehr so intensiv um die Katholische Kirche. Stattdessen konzentrierte sie sich auf das Besetzen der „Neuen Mitte“ und das Werben um die Wirtschaftsverantwortlichen. Die Herausforderungen der Globalisierung sowie die Neuschaffung von Arbeitsplätzen im Kontext der Informations- und Gentechnologie standen im Vordergrund.

Das Variabilitätskonzept funktionierte in den 1990er Jahren weitgehend. Bei manchen strittigen Themen, wie z.B. dem christlichen Einfluss in den Schulen (Kruzifix-Debatte, Religionsunterricht), war die Katholische Kirche näher bei den Unionsparteien, in der Sozial- und Ausländerpolitik dichter an der SPD. Parteipolitisch eindeutige Hirtenbriefe von Bischöfen oder öffentliche Parteinahmen einzelner Geistlicher für die CDU oder CSU sind seit den neunziger Jahren nicht mehr zu finden, wenngleich die Unionsparteien von vielen noch immer als die politische Heimat der Katholiken angesehen werden. Auf der anderen Seite ist die SPD für katholische Christen offen. Allerdings ist der Prozentsatz katholischer Wählerinnen und Wähler sowie der Mandatsträger der SPD nach wie vor unterdurchschnittlich. Die Bedeutung der Religion innerhalb der Partei ist jedoch unübersehbar: Im Jahr 2009 gehörten 48 Prozent der SPD-Mitglieder der evangelischen und 23 Prozent der Katholischen Kirche an – 26 Prozent zählten zu keiner Religionsgemeinschaft. Damit wiesen drei Viertel der Mitglieder eine religiöse Bindung auf.

Grundsätzlich scheinen die Kirchen in den letzten Jahren bei den großen politischen Parteien an Bedeutung zu verlieren, auch in der CDU. Dennoch sind die regelmäßigen Gesprächskontakte zwischen Kirchen und Parteien fest etabliert. Bei Wahlen ist die SPD allerdings nach wie vor im katholischen Bereich unterrepräsentiert. Bei der Bundestagswahl 2005 lag der Anteil bei den Katholiken

nur noch bei 27,4 Prozent, wohingegen die CDU auf 47,4 Prozent kam. Eine Analyse des Wählerverhaltens im Kontext der Bundestagswahl 2009 gelangte zu dem Ergebnis, dass weniger die Konfessionsunterschiede als die Stärke der Kirchenbindung eine Rolle spielten. Unter Katholiken mit Kirchenbindung kamen die CDU/CSU auf 67 Prozent – insgesamt bei westdeutschen Katholiken auf 44 Prozent –, die SPD dagegen erreichte nur 12 Prozent. Parallel verlor die SPD ihren Vorsprung bei Protestanten und kam nur auf 27 Prozent, wohingegen die Union bei 32 Prozent lag.

Innerhalb der SPD jedoch gewannen Katholikinnen und Katholiken an Bedeutung: 1987 wurde mit Hans-Jochen Vogel der erste praktizierende Katholik SPD-Parteivorsitzender. Viele führende Sozialdemokraten, wie Wolfgang Thierse (Jahrgang 1943), der auch Mitglied des Berliner Diözesanrates war, oder Andrea Nahles (Jahrgang 1970), sind praktizierende Katholiken.

Heute gibt es auf Bundesebene den Arbeitskreis „Christinnen und Christen in der SPD“, der von je zwei Protestanten und Katholiken geleitet wird, sowie regionale bzw. lokale Gruppierungen. Aus den beiden Kirchenreferaten wurde 2003 ein gemeinsames Referat für Kirchen und Religionsgemeinschaften beim Parteivorstand, das seitdem von der Katholikin Dagmar Mensink (Jahrgang 1963) geleitet wird. Wolfgang Thierse formulierte das sozialdemokratische Selbstverständnis so: „Die SPD begreift sich als eine Gemeinschaft von Männern und Frauen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen und sich in der Verwirklichung sozialdemokratischer Reformpolitik verbunden wissen.“

Das Hamburger Programm der SPD vom 28. Oktober 2007 enthält in einem eigenen Abschnitt ein klares Bekenntnis zur Bedeutung von Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften: „Wir bekennen uns zum jüdisch-christlichen und humanistischen Erbe Europas und zur Toleranz in Fragen des Glaubens. Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und der Verkündigung. Grundlage und Maßstab dafür ist unsere Verfassung. Für uns ist das Wirken der Kirchen, der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch nichts zu ersetzen, insbesondere wo sie zur Verantwortung für die Mitmenschen und das Gemeinwohl ermutigen und Tugenden und Werte vermitteln, von denen die Demokratie lebt.“

Wir suchen das Gespräch mit ihnen und, wo wir gemeinsame Aufgaben sehen, die Zusammenarbeit in freier Partnerschaft. Wir achten ihr Recht, ihre inneren

Angelegenheiten im Rahmen der für alle geltenden Gesetze autonom zu regeln.“ Kirchen und Religionsgemeinschaften seien „Träger der Zivilgesellschaft“, wie auch Parteien, Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbände: „Sie sind unsere Partner auf dem Weg zu einer humanen, zukunftsfähigen Gesellschaft.“ Explizit werde der Austausch mit den „Kirchen und Glaubensgemeinschaften“ in ethischen Fragen, z.B. der Bio- und Gentechnologie oder der Medizin, gesucht. „Die Sozialdemokratie steht für ein tolerantes Europa, das seine unterschiedlichen Nationen und Regionen, Kulturen und Religionen als Reichtum versteht und pflegt.“

Eine ausführlichere Fassung dieses Beitrages mit genauen Einzelnachweisen erscheint im Archiv für Sozialgeschichte 51 (2011).

Prof. Dr. Rainer Hering leitet das Landesarchiv Schleswig-Holstein und ist Professor für Neuere Geschichte und Archivwissenschaft an der Universität Hamburg.